

Die Oktoberrevolution und Afrika – ein Jahrhundert Geschichte

von Arndt Hopfmann

Wenn sich im Jahr 2017 nicht nur Linke und Kommunisten aus Anlass ihres einhundertsten Jahrestages der Russischen Oktoberrevolution erinnern, würde die Jahrhundertbilanz (sofern ernsthaft erstellt) sicherlich eher zwiespältig ausfallen. Die Revolution selbst war zweifellos das Epoche machende Ereignis schlecht hin des gesamten 20. Jahrhunderts. »Die Welt, die Ende der achtziger Jahre in Stücke brach, war eine Welt, die von den Auswirkungen der Russischen Revolution 1917 geprägt worden war.« (Hobbesbawm 2014:18) Auf der einen Seite hatte diese Revolution den Beweis geliefert, dass der große weltweite Umbruch, der Übergang vom Kapitalismus zu einer zukunftsfähigen, sozial gerechten Gesellschaftsformation begonnen hat. Andererseits war diese zunächst scheinbar an Kraft und Reichweite unablässig gewinnende erste Welle einer weltweiten Bewegung zur Überwindung des Kapitalismus in den 1990er Jahren mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion zu einem jähen, aber keineswegs überraschenden Ende gekommen. »Im letzten Teil des Jahrhunderts begann dann eine neue Ära des Verfalls, der Unsicherheit und der Krise – und für große Teile der Welt, wie für Afrika, die ehemalige Sowjetunion und den ehemals sozialistischen Teil Europas, in der Tat eine Ära der Katastrophe.« (Hobbesbawm 2014:20)

Geschichtliches

Der Verlauf der Geschichte zwischen 1917 und 1990 zeigt, dass die globalen Folgen der Oktoberrevolution für kaum einen anderen Kontinent von so gravierender Bedeutung waren wie für Afrika.¹ Dennoch wird der 100. Jahrestag dieses Weltereignisses dort – abgesehen von einigen wenigen Intellektuellen – ähnlich unbemerkt verstreichen, wie das eigentliche Ereignis ein Jahrhundert zuvor. Das hat nicht zuletzt damit zutun, dass die Unter-25-Jährigen, die heute bei weitem die Bevölkerungsmehrheit in Afrika bilden, zu einem Zeitpunkt geboren wurden, als das »erste Erwachen des Südens« (Amin) seine Energien bereits aufgezehrt hatte und selbst die geopolitischen Folgen der Oktoberrevolution – die Bildung der Sowjetunion und später einer Staatengruppe, die als »Ostblock« zusammen mit China mehr als ein Drittel der Menschheit beherbergte – von den politischen Landkarten längst wieder verschwunden waren. Aber wenn die jungen Afrikaner*innen von heute einen Blick in ihre Schulatlanten oder ins Internet werfen und sich dort die politische Karte des afrikanischen Kontinents betrachten, so finden sie dort 55 höchst unterschiedliche Länder, die ihre Existenz einem Jahrzehnte andauernden Prozess der Dekolonisierung verdanken, der ohne die weltpolitische Rolle der Sowjetunion und des Ostblocks in der Art und Weise seines Verlaufs nicht denkbar ist. Lange bevor der Zusammenbruch des klassischen imperialistischen Kolonialsystems (Schilling 1977) begann, lange vor dem Anfang der »post-kolonialen« Geschichte Afrikas hatte die Oktoberrevolution bereits jene Fakten geschaffen, die später wie selbstverständlich als begünstigende internationale Rahmenbedingungen für Entkolonialisierung und (nationale) Entwicklung wahrgenommen wurden (Hobbesbawm 2014: 113). Obgleich die Oktoberrevolution und die nachfolgende Stabilisierung des politischen Regimes der Bolschewiki quasi überall auf der Erde als welterschütterndes Ereignis empfunden wurden, darf die direkte Wirkung auf die Weltregionen nicht überschätzt werden. Zwar widmeten sich die ersten von Russland initiierten Weltkongresse der Kommunistischen Internationale bereits sehr früh der Formulierung einer anti-kolonialen Befreiungspolitik und der damit verbundenen »nationalen und kolonialen Frage« (LW, Bd. 31:132ff.), aber die unmittelbaren Adressaten dieser Politik waren zunächst die »Völker des Ostens«, also jene Völker und ethnischen Gruppen die bereits kolonialer

¹ In diesem Essay soll keineswegs der Versuch unternommen werden, die vielfältigen historischen Ereignisse und Prozesse im Zusammenhang von Oktoberrevolution und sozio-politischen Veränderungen in Afrika detailliert nach zu verfolgen und wissenschaftlich zu deuten. Das muss professionellen Historiker*innen vorbehalten bleiben (vgl. statt anderer: Büttner et al. 1974 oder Grau et al 2010). Hier geht es dem Autor vor allem um eine Zusammenschau von geschichtlichen Makroprozessen im Kontext spezifischer sozio-ökonomischer und geopolitischer Bedingungen in – aber nicht nur in – Afrika.

Bestandteil des asiatischen Teils des zaristischen Russlands waren oder in asiatische Nachbarländern der Russlands bzw. ab Dezember 1922 der Sowjetunion lebten.

In vielen Regionen – insbesondere auch in Lateinamerika – gab es zwar einem merklichen Aufschwung an anti-imperialistischen und anti-kolonialen Kämpfen, das subsaharische Kolonialafrika blieb davon aber weitergehend unberührt. Allein in der Südafrikanischen Union (dem einzigen staatlich souveränen Gebilde auf dem afrikanischen Kontinent, wenn von Liberia, einer US-Enklave, die bereits 1847 formal für unabhängig erklärt wurde, absieht) erstarkte die Arbeiterbewegung merklich. Es kam zu Massenstreiks auch der schwarzen Arbeiter und schließlich wurde 1921 mit der Kommunistischen Partei die für lange Zeit einzige nicht-rassistische politische Organisation in Südafrika gegründet.² Bei vielfältigen anderen Massenprotesten, Streiks und Bauernaufständen dieser Zeit mag die Existenz der Sowjetunion und die damit verbundenen staatliche Institutionalisierung einer Alternative zum Kapitalismus als Gesellschaftssystem eine Rolle gespielt haben (vgl. dazu Loth 1976: 132-142), direkte Wirkungen sind jedoch kaum nachweisbar. Viel nachhaltigeren Einfluss auf das Erstarken des anti-kolonialen Widerstands hatte die Weltwirtschaftskrise, die im größten Teil der kolonialisierten Welt den eigentlichen Beginn der politischen und sozialen Unruhen im Innern markiert. »Zum erstenmal kollidierten die Interessen der Wirtschaft der Kolonialländer zusehens mit der Wirtschaft der Mutterländer, vor allem weil die Rohstoffpreise, von denen die Dritte Welt abhing, um so vieles mehr gesunken waren als die Preise für Industriegüter, die sie vom Westen kaufte...« (Hobbesbawm 2014: 271; auch 140).

Die Sowjetunion war nach dem Ende der Interventionskriege und dem Ausbleiben der Weltrevolution auf sich selbst zurückgeworfen; und das unter wesentlich schlechteren Bedingungen als vor dem Ersten Weltkrieg. Dass Russland bzw. die Sowjetunion überhaupt unter den Verhältnissen allgemeiner Verarmung und weitgehend zerstörter industrieller Strukturen überleben konnte, war in zweierlei Hinsicht der Oktoberrevolution zu verdanken. Einmal der Erschöpfung auch der feindlichen, kriegführenden Mächte, die eine militärische Aggression nicht weiter fortführen konnten und wollten, und zum anderen der neuen Führungsstruktur, der bolschewistischen Partei, die als Kaderpartei längst über den Massen schwebte und eine Art ultimative Entwicklungsbürokratie (Schäfer 1994:140ff. passim) hervorbrachte, die schließlich eine Industrialisierung des Landes durch Zwang und Gewalt und auf Kosten unzähliger Opfer (vor allem unter der ländlichen Bevölkerung) ins (erfolgreiche) Werk setzte. Hier wurden freilich sowohl die Grundlagen des späteren Sieges über den Hitlerfaschismus und die Großmachtstellung der Sowjetunion im Kalten Krieg gelegt, aber auch für ihr späteres Scheitern. Während dieser Periode blieb die Sowjetunion ein isoliertes, mit sich selbst befasstes, von politischen Exzessen und Personenkult über alle Maßen in Beschlag genommenes Land, das jenseits der Hoffnungen auf eine Weltrevolution kaum international wirtschaftlich wie politisch präsent war. Die antikolonialen Bewegungen dieser Zeit waren größtenteils auf sich selbst zurückgeworfen. Das sollte sich erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs mit der Entstehung einer Gruppe sozialistischer Staaten und dem Ausbruch des Kalten Kriegs ändern. Mit dem Sieg der chinesischen Revolution unter Mao Tse-tung wurde die nationale Befreiung der Kolonien und abhängigen Gebiete und damit die Frage des zukünftigen Entwicklungsweges dieser Länder letztendlich unabweisbar auf die Tagesordnung gesetzt. Zwar konnte das nunmehr entstehende »sozialistische Lager« aufgrund der Verwüstungen des Zweiten Weltkriegs zunächst wenig materiell zur Befreiung vom imperialistischen Kolonialsystem beitragen, aber das auf staatlicher Planung und Zentralisierung der politischen Macht beruhende Gesellschaftsmodell diente zweifellos als Orientierungspunkt für eine Vielzahl politischer Führer, auch in Afrika – und das für eine erstaunlich lange Zeit.

»So wirkte der Sozialismus (also die sowjetische Version des Kommunismus) in der Unabhängigkeitsperiode auf die dekolonisierten Regierungen nicht nur deshalb attraktiv weil sich die metropolitanische Linke schon immer den Antimperialismus auf die Fahnen geschrieben hatte,

² Die Kommunistische Partei Südafrikas (heute Südafrikanische Kommunistische Partei), die seit den 1930er Jahren zunehmend Einfluss im ANC gewann, ist die älteste nicht-rassistische Organisation in Südafrika. Der African National Congress (ANC) war zu dieser Zeit noch größtenteils eine elitäre Vereinigung von Schwarzen Würdenträgern und traditionellen Führern. Erst in den 1940er Jahren wurde das Bildungsprivileg für ANC-Mitglieder abgeschafft und der ANC für alle Schwarzen geöffnet. Im Jahr 1955 – mit der Verabschiedung der Freiheitscharta in Kliptown/Soweto – öffnete sich der ANC schließlich auch für nicht-schwarze Mitglieder.

sondern vor allem auch deshalb, weil die Sowjetunion für diese Regierungen einen Modellcharakter hinsichtlich der Möglichkeiten hatte, die Rückständigkeit des Landes mittels planwirtschaftlicher Industrialisierung zu beseitigen.« (Hobesbawm 2014: 258)³

Geo-politisches

Der weitere Verlauf der politischen Entwicklungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist bekannt. Faktisch alle politischen Ereignisse fanden bis Anfang der 1990er Jahre unter den direkten, stets präsenten und alles überformenden Zwangs- und Opportunitätslagen des Kalten Krieges, der genauso lange anhielt, wie die Sowjetunion (als Hauptfolge der Oktoberrevolution) als internationaler Machtfaktor allgegenwärtig blieb, statt.

Auf der Ebene der (Geo)Politik ist das erste hervorstechende Merkmal des 20. Jahrhunderts – in unmittelbarer Konsequenz der Oktoberrevolution und der nachfolgenden Systemkonfrontation – die schiere Explosion der Anzahl neuer, und in diesem Sinne tatsächlich »junger« Nationalstaaten. Gab es vor dem Ersten Weltkrieg etwas mehr als 30 unabhängige Staaten, wuchs deren Zahl in der Zwischenkriegszeit auf 65 an (Hobesbawm 2014: 145). Bis Ende der 1980er Jahre waren es bereits ca. 170, später stieg diese Zahl noch auf etwa 200. Diese erstaunliche Entwicklung ist sowohl dem antikolonialen Befreiungskampf im Zeichen der Blockkonfrontation als auch dem Ende dieser – nämlich vor allem dem Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens – geschuldet.

Schien zunächst die plötzliche Beschleunigung der Dekolonisierung in der Dritten Welt die Weltlage zugunsten des Ostblocks zu verändern, so zeigte sich schon bald, dass die eminente Bedrohung der Welt durch einen Dritten Weltkrieg, durch eine jederzeit mögliche Eskalation des »kalten« zu einem »heißen« Krieg viele, insbesondere der neu entstandenen Staaten veranlasste, sich möglichst der Zuordnung zu einem der Bündnissysteme zu entziehen. Nicht zuletzt dazu wurde in Bandung, Indonesien, 1955 die »Bewegung der Blockfreien« geschaffen, in der sich politische Repräsentanten von Ländern wie Indien (Nehru) Indonesien (Sukarno) Ägypten (Nasser) und nicht zuletzt Jugoslawien (Tito) zusammenschlossen.⁴ Die »Nichtpaktgebundenen« oder »Blockfreien« waren bei weitem kein antisowjetisches Bündnis, verkörperten aber das deutliche Bemühen, um mehr Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit bei der Wahl eines eigenständigen Entwicklungsweges (Hobesbawm 2014: 48f.). Die Bewegung war daher auch Ausdruck impliziter Kritik am übermächtigen sowjetischen Anspruch, selbst die sozialistische Alternative zu verkörpern und auf einer bedingungslosen Übernahme des sowjetisch-staatssozialistischen Modells als alleinige antikapitalistische Entwicklungsalternative zu bestehen. Die Ost-West-Konfrontation hat den »Nichtpaktgebundenen« eine weltpolitische Rolle ermöglicht, insbesondere nachdem die UNO zu einer Weltstaatengemeinschaft geöffnet wurde. Die Teilung der Länder in drei Gruppen (West, Ost und Entwicklungsländer) hat sich seitdem in fast allen UN- und anderen internationalen Organisationen durchgesetzt, ohne allerdings bleibende Bedeutung zu erlangen. Die erfolgreiche chinesische Revolution in einem durch und durch bäuerlich geprägten Land war nicht zuletzt ein wesentlicher Impetus für die Formierung dieser Bewegung, die jedoch schon zwei Jahrzehnte später – nicht zuletzt infolge der politischen Umbrüche in China und Indien – wieder an Bedeutung verlieren sollte, als sich »das anti-imperialistische Potential der nationalen Bourgeoisie erschöpft hatte ... und die Bedingungen für eine imperialistische Gegenoffensive heranreiften, in deren Folge die Staaten des Südens weitgehend re-kompradorisiert wurden« (Amin 2016: 75).

Erst der Zusammenbruch der portugiesischen Kolonialherrschaft in Afrika infolge der »Nelken-Revolution« in Portugal ebnete nach 1974 den Weg zu einer bis dahin ungekannt konsequenten

³ Die hier von Hobesbawm angeführte »Rückständigkeit« hat sich als sehr viel hartnäckigeres und vor allem wesentlich komplexeres Phänomen erwiesen, als der Begriff selbst, der einen zeitlichen Rückstand suggeriert, zu erfassen vermag. Im Kern handelt es sich bei den spezifischen sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten, in den Ländern der Dritten Welt um einen systemisch vom kapitalistischen Kolonialismus herbeigeführten und neo-kolonial reproduzierten *Zustand ökonomisch-sozialer Unterentwicklung*, der als die wechselwirkende, prozessierende Einheit von wirtschaftlicher Fremdbestimmung (Abhängigkeit), spezifisch verzögerter und entstellter wirtschaftlicher Entwicklung (Rückständigkeit) und einer permanenten Tendenz zur Überausbeutung der Natur wie der Arbeitskraft (Ausplünderung) verstanden werden muss. (vgl. dazu statt anderer: Kößler 1998; Ernst/Schilling 1981)

⁴ Die Bewegung der Blockfreien Staaten wurde offiziell 1961 auf ihrer ersten Konferenz 1961 in Belgrad (Jugoslawien) gegründet.

Orientierung auf ein nachholendes Entwicklungsmodell, dass die Schaffung eines Wirtschaftssystems zum Ziel hatte, wie es für die damaligen Staaten des Rats für gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen (RGW – den Wirtschaftsverbund der europäischen Länder des Ostblocks plus Kuba, Mongolei und Vietnam) charakteristisch war. Diese, in seiner expliziten Fixierung auf das staatssozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, bis dato unter afrikanischen Ländern ungewohnt bestimmte und von entsprechenden Erwartungen an Unterstützungsleistungen gespeiste Haltung der politischen Führungen von Moçambique, Angola, Guinea-Bissau und Äthiopien (nach dem Putsch von Mengistu Haile Mariam im Jahre 1975) forderte die RGW-Länder allerdings zu einer Zeit heraus, in der sie bereits mit den langfristig wirkenden Entwicklungsblockaden der staatssozialistischen Wirtschaftsweise zu kämpfen hatten. »Die Schützlinge der Sowjetunion haben ... niemals auf eigenen Füßen gestanden. Sie entzogen der Sowjetunion vielmehr einen konstanten Strom von mehreren Milliarden Dollar jährlich.« (Hobesbawm 2014:316)

Die Bi-Polarität der internationalen Systemkonstellation hat allerdings nicht nur Spielräume für politisches Taktieren eröffnet. Eine weitere wesentliche Folge des Ost-West-Konflikts war – insbesondere im Zuge der wirtschaftlichen Stabilisierung des Ostblocks nach 1970, die gleichzeitige Erschütterung der US-amerikanischen Position durch den verlorenen Vietnamkrieg, verbunden mit der überraschenden Zunahme wirtschaftlicher Macht in einigen Ländern der Dritten Welt infolge von Nationalisierungen (deren Leuchtturm nicht zuletzt die Organisation Erdölproduzierender Länder (OPEC) war) – die politische Instrumentalisierung der »jungen Nationalstaaten« in so genannten Stellvertreterkriegen. Afrika war davon besonders betroffen; vor allem das südliche Afrika, wo der »Kalte Krieg als heißer ausgetragen wurde« (Shubin 2008). Die Bereitschaft der Sowjetunion, auch den bewaffneten Kampf der Unabhängigkeitsbewegungen weltweit – aber insbesondere in Afrika – mit Waffenlieferungen, und auch Militärberatern zu unterstützen, entsprang allerdings nicht in erster Linie einem unmittelbar militärstrategischen Kalkül, sondern der auf Lenin und die Bolschewiki zurückgehenden Überzeugung, dass der nationale Befreiungskampf in Asien und Afrika Teil eines welthistorischen Prozesses ist, der den globalen Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus zum Inhalt hat und dem so quasi die Qualität einer unaufhaltbaren historischen Gesetzmäßigkeit zukam. Die militärische Ausbildung von afrikanischen Befreiungskämpfern und die logistische Unterstützung ihrer Aktivitäten seit den 1950er Jahren, die ein wesentlicher Bestandteil der sowjetischen Politik waren, folgten also einem Selbstverständnis, dass es sich dabei lediglich um die Förderung einer ohnehin geschichtsmächtigen, universellen Tendenz handelte.

Ein früher Höhepunkt war zweifellos die Unterstützung Ägyptens gegen die von Frankreich und Großbritannien angezettelt Suez-Aggression im Jahre 1956. Auch später – wie zum Beispiel im Kongo unter Präsident Patrice Lumumba – hat die UdSSR in verschiedenen Ländern aktive Militärhilfe geleistet. Der Beginn des bewaffneten Befreiungskampfes in den portugiesischen Kolonien (Angola, Moçambique und Guinea-Bissau) und in Namibia sowie durch den südafrikanischen African National Congress (ANC) schuf jedoch eine Herausforderung völlig neuer Qualität, auch weil die Befreiungsbewegungen dieser Länder ein massives Engagement der Sowjetunion und ihrer Verbündeten forderten – »...die Unterstützung dieser (afrikanischen) Nationalisten durch die sozialistischen Staaten, insbesondere die Sowjetunion, war nur die nahe liegende (>natürliche<) Antwort auf derartige Hilfeersuchen...« (Petr Yevsyukov⁵, nach Shubin 2008: 3).

Inwieweit die Konflikte im südlichen Afrika tatsächlich Stellvertreterkriege im Kampf der Supermächte um Einflusszonen und insbesondere um Einfluss auf die zukünftige politische Orientierung der befreiten Länder waren, kann an dieser Stelle nicht in letzter Instanz geklärt werden. Eines ist allerdings sicher, diese »heißen Kriege« wurden getragen vom Bestreben der betroffenen Völker sich vom Kolonialjoch und von Apartheid zu befreien. Möglicherweise haben sie durch das Engagement der antagonistischen Staatenblöcke an Schärfe und Brutalität gewonnen und die Anzahl der Opfer ist gewachsen, aber zu verhindern waren sie nicht, eben weil es um Kämpfe für Selbstbestimmung und nationale Souveränität, also um die ureigenen Interessen der Kämpfenden handelte. »Für (uns) ... heißt das, daß wir den Imperialismus nicht liquidieren werden, wenn wir über ihn schreien und Flüche gegen ihn ausstoßen. Für uns besteht der schlimmste oder der beste Fluch, den wir über den Imperialismus ... aussprechen können, darin, die Waffen zu ergreifen und zu kämpfen.« (Cabral 1968: 18)

⁵ Petr. Yevsyukov war zwischen 1961 und 1975 Leiter der Afrika-Sektion der Internationalen Abteilung der KPdSU.

Theoretisches

Die Langzeitwirkungen der Oktoberrevolution bestehen nicht nur in der Herausbildung eines bipolaren globalen Spannungsfelds, in dessen Intermundien sich die Aktivisten nationaler Befreiungsbewegungen zur Erlangung national-staatlicher Souveränität bewegen und durch geschicktes Taktieren Vorteile erlangen konnten. Im Nachgang der revolutionären Ereignisse wurden in der jungen Sowjetunion auch politisch-ökonomische Strategiefragen aufgeworfen, die in der Ära der Entwicklungsidee, die angesichts der rasch wachsenden Zahl junger Nationalstaaten nach dem Zweiten Weltkrieg zum alles dominierenden (geo)politischen Mantra stilisiert wurde, erhebliche Bedeutung erlangen sollten.

Der phänomenale Aufstieg des nachrevolutionären Russlands (bzw. der Sowjetunion) in nur zwei Jahrzehnten von einem rückständigen Agrarland mittels forcierter Industrialisierung zu einer Großmacht, die den imperialistischen Hauptländern paroli zu bieten vermochte, machte das sowjetische Entwicklungsmodell zu einem Leitstern am Himmel aller, die um Befreiung von Kolonialismus rangen und die rasche (nachholende) Entwicklung ihrer jungen Nationalstaaten anstrebten.

Aber mit der Durchsetzung der Entwicklungsidee als leitendes Motiv für alle national-befreiten Staaten traten auch jene Schwierigkeiten zunehmend deutlicher hervor, die sowohl das Resultat der kolonialen Vergangenheit als auch der neo-kolonialen Gegenwart waren und die den Entwicklungsanstrengungen offensichtlich entgegenstanden. Eines der schwerwiegendsten und wie sich zeigen sollte hartnäckigsten Entwicklungshindernisse bestand zweifellos in der *strukturellen Heterogenität der sozialökonomischen Verhältnisse* in den ehemaligen Kolonien. Das hat der brillante Analyst und politische Strategie Vladimir Iljitsch Uljanov (genannt Lenin) für Russland schon sehr früh erkannt. Bereits 1918 verwies er in seiner Schrift »Über ‚linke‘ Kinderei...« (LW, Bd. 27: 327-339) auf das unorganische Nebeneinander »verschiedener Systeme oder Wirtschaftsformen oder ökonomische Zustände« (russ. uklady) (LW, Bd. 32: 305) im überwiegend agrarwirtschaftlich geprägten rückständigen Russland. Die klassische Darstellung findet sich schließlich in Lenins Pamphlet »Über die Naturalsteuer« aus dem Jahre 1921, wo er folgende ko-existierende »Elemente der verschiedenen gesellschaftlichen Wirtschaftsformen« aufführt: die naturalwirtschaftliche »patriarchalische Bauernschaft«, die (bäuerliche) »kleine Warenproduktion«, »der privatwirtschaftliche Kapitalismus«, »der Staatskapitalismus«, »der Sozialismus« (LW, Bd. 32: 342f.).

Später (1969) wurde das Konzept der strukturellen Heterogenität als Entwicklungshemmnis zu nächst von Cordova/Micheln auf Lateinamerika angewandt und von Samir Amin und Dieter Senghaas in die allgemeine Analyse des »peripheren Kapitalismus« eingebracht (Nohlen/Nuscheler 1992: 44, vgl. auch Hauck 2010: 49-62). Anfang der 1980er Jahre wurde dieser Ansatz schließlich zur »abhängigen Mehrsektorenwirtschaft« (Ernst/Schilling 1981: 30) als typischer sozialökonomischer Grundstruktur in Entwicklungsländern weiterentwickelt. Dabei wurde mit der Bezeichnung »abhängig« auf die hochgradige fremdbestimmte Reproduktion struktureller Heterogenität verwiesen, weil »...die Vielzahl unterschiedlicher sozialökonomischer Sektoren auf charakteristische Weise von internationalen kapitalistischen Produktionsverhältnissen umfasst wird« (Ernst/Schilling 1981: 31; vgl. auch Schilling 1982). Gerade diese spezifische Einbettung in einen weltwirtschaftlichen Zusammenhang bewirkt, dass es sich bei diesen scheinbar unorganisch verschachtelten Strukturen nicht um vorkapitalistische Reste handelt, sondern um Wirtschaftsformen, die über ihre Verflechtung mit der Weltwirtschaft reproduziert werden (Hopfmann/Schilling 1988).

Gerade wegen ihrer strukturprägenden Wirkungen, die insbesondere das Aufkommen eigenständiger verarbeitender Industrien erschweren, stellt sich die Weltmarktintegration für die Entwicklungsländer keineswegs nur als begünstigend für eine Entwicklungsstrategie zur Erlangung, neben der staatlichen, auch der wirtschaftlichen Unabhängigkeit dar. Auch hier war schließlich das sozialistische Vorbild von wegweisendem Charakter, denn die Beziehungen der Sowjetunion »zur kapitalistischen oder vom Kapitalismus der Industriestaaten dominierten Weltwirtschaft waren erstaunlich spärlich« (Hobesbawm 2014: 467), insbesondere in der Phase forcierter Industrialisierung. Ähnlich hat auch die sozialistische Staatengemeinschaft über lange Zeit ihrer Existenz »ein separates und weitgehend in sich geschlossenes Subuniversum« (Ebd.) gebildet. Für die Verwirklichung eines auto-zentrierten Entwicklungswegs, bei dem eine selbstreproduktionsfähige Ökonomie in der Lage ist, die Bedürfnisse der Bevölkerung weitgehend mit eigenen Produkten zu befriedigen, schien nach sowjetischen Vorbild eine wenigstens partielle Abkoppelung (Dissoziation) vom Weltmarkt als notwendige Vorbedingung

(vgl. statt anderer: Senghaas 1977; Amin 2016: 86f.). Während im Zeitalter der Globalisierung – im Namen der Freihandelsideologie – jegliche Idee der Abschottung und der Protektion nationaler Industrien als Irrweg verworfen wird, beharren nicht zuletzt Wirtschaftswissenschaftler aus Afrika, wie Yash Tandon und Samir Amin, auf der Notwendigkeit national-souveräner Entwicklungsprojekte, die nicht nur auf einer staatlich kontrollierten, »spezifisch beschränkten« Integration in den Weltmarkt beruhen, sondern auch ein von nationalen Interessen geleitetes Industrialisierungsprogramm vorsehen (Tandon 2009, Amin 1989).

Die Notwendigkeit einer *planwirtschaftlich gesteuerten Industrialisierung* als nationales Entwicklungsprojekt erster Ordnung war wohl die am weitesten verbreitete Lehre, die allseits aus dem Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht gezogen wurde. Ein derart ambitioniertes, über mehrere Jahrzehnte angelegtes Programm erfordert jedoch eine stabile politische Führung, die nicht durch politische Kämpfe mit oppositionellen Kräften von der eigentlichen Hauptaufgabe, »Entwicklung«, abgehalten wird. Deshalb wurde mit dem sowjetischen (und inzwischen auch chinesischen) Modell einer forcierten Industrialisierung auch das politische Modell des Einparteiensystems in faktisch allen Ländern Afrikas, aber auch auf anderen Kontinenten, übernommen. Der *Entwicklungsstaat mit Einparteiensystem* überdauerte als politisches Modell faktisch die gesamte Periode bis zum Zusammenbruch des Ostblocks und des Zerfalls der Sowjetunion. Erst danach wurde – häufig auch aufgrund äußeren Drucks durch die so genannten Geberländer – ein politisches System grundlegend umgestaltet, dass eigentlich bereits mit dem Scheitern der Industrialisierungsprojekte weitgehend de-legitimiert war.

Warum diese ersten Industrialisierungskonzepte scheiterten, ist umstritten (Brock 1992). Sicherlich haben aber Unterschiede im politischen Regime und den territorialen Rahmenbedingungen eine wesentliche Rolle gespielt. Nirgendwo in Afrika oder auch anderen Teilen der Dritten Welt konnten Industrialisierungsanstrengungen mit einer derartigen Brutalität und unter Inkaufnahme derart großer Opfer forciert werden wie seinerzeit in der Sowjetunion. Zudem erstreckte sich der sowjetische Wirtschaftsraum auf ein immenses Territorium von mehr als 22 Mio. km² und eine Bevölkerung von mehr 200 Mio. Menschen. In den jungen Nationalstaaten setzen die Industrialisierungsbemühungen nicht selten auf die Substitution von Importgütern, die allerdings nur von einem kleinen Teil der Bevölkerung überhaupt nachgefragt wurden. Damit blieb der potentielle Markt für eine moderne Industrie von Anfang an (zu) beschränkt und senkte die Rentabilität der Produktion, die darüber hinaus unter dem Zwang zum Import von Vorprodukten litt, erheblich. Schließlich eröffnete die wachsende Verschuldung, die vor allem daraus resultierte, dass Kredite in Fremdwährung bedient werden mussten, während die mit diesen Krediten aufgebauten Unternehmen vorwiegend für den Binnenmarkt produzierten, wo ihre Produkte in einheimischer Währung bezahlt wurden, das Tor für die von den internationalen Gläubigern – allen voran vom Internationalen Währungsfonds – oktroyierten Strukturanpassungsprogramme. Diese führten zunächst zu Privatisierung der Betriebe und später zur weitgehenden De-Industrialisierung. Als nämlich die neuen Eigentümer unter den Bedingungen liberalisierter Märkte erkennen mussten, dass sie nicht konkurrenzfähig sind, wurden die verbleibenden Unternehmen kurzerhand geschlossen.

Es entbehrt freilich nicht einer gewissen Ironie, wenn 50 Jahre nach dem Beginn der ersten Industrialisierungswelle und deren Scheitern heute wieder unisono davon gesprochen wird, dass die Zukunft Afrikas nur in einer »strukturellen Transformation der Wirtschaft« (neues Modewort für Industrialisierung) hin zu vertiefter Fertigung und mehr verarbeitenden Industrien liegen kann – auch um den vielen jungen Menschen, die sonst möglicherweise (nach Europa) immigrieren würden, eine Perspektive vor Ort zu bieten (Döver/Kappel 2015; Asche 2015; Lopes 2016 sowie nicht zuletzt UNCTAD 2014, 2016a und 2016b).

Die zentrale Herausforderung für die Zukunft nicht nur in den bevölkerungsreichen Ländern Afrikas besteht jedoch in der Lösung der *Agrarfrage* und ihrer Verbindung mit einem national-souveränen Industrialisierungsprojekt. Auch dafür hat nicht zuletzt die Oktoberrevolution mit dem »Dekret über den Boden« (dem zweiten Dekret der revolutionären Bolschewiki überhaupt) den Weg gewiesen, denn jedes emanzipatorische Entwicklungsvorhaben beginnt faktisch mit einer Bodenreform, die für Tausende den lebenswichtigen Zugang zu den Mittel der eigenen Reproduktion sichert. Dies ist heute, unter den Bedingungen, dass eine wie auch immer geartete Industrialisierung nicht genug Arbeitsplätze für die bereits geborene Generation schaffen kann, eine Art ultima ratio. Selbst wenn davon auszugehen ist, dass ein Teil dieser jungen Menschen – koste es was es wolle – versuchen wird, eine Lebensperspektive im industrialisierten Nord-Westen der Welt zu finden, bleiben noch zu viele

zurück, die keine Chance auf einen Industriearbeitsplatz oder eine Anstellung im Sektorservice haben. Deshalb muss der Zugang zum Land offengehalten werden, um diesen Menschen wenigstens die Möglichkeit zu geben, die Mittel ihrer eigenen Subsistenz zu erzeugen (Amin 2011a: 36f. passim).

Die Oktoberrevolution und die folgende Politik der Sowjetregierung haben also in vielerlei Hinsicht Spuren hinterlassen und auf den Prozess nationaler Befreiung und Entwicklung eingewirkt. An den entscheidenden globalen Herausforderungen der Schaffung einer zukunftsfähigen Produktions- und Lebensweise ist bislang allerdings sowohl der Osten wie auch die Dritte Welt, aber auch der Westen gescheitert.

Resümierendes

Die »historische Mission« der Oktoberrevolution – das Versprechen einer nachkapitalistischen, gerechten und zukunfts offenen Gesellschaft – blieb in vielerlei Hinsicht unvollendet. Das kapitalistische System wurde zwar erschüttert und zu Anpassungen gezwungen, aber es wurde nicht überwunden, und damit auch nicht seine (neo)kolonialen Elemente. In dem Maße wie die von der Russischen Revolution ausgehenden Veränderungszwänge ermatteten, wurde auch die neo-koloniale Tendenz wieder wirkungsmächtiger. Bereits in den 1980er Jahren wurden so wichtige Errungenschaften in der Dritten Welt wieder unterminiert und zurückgenommen; die von IWF und Weltbank erzwungene Strukturanpassung und die damit verbundenen De-Industrialisierung, der Zusammenbruch alternativer Projekte und das immer offenere Aufherrschen politischer Konditionen in Afrika (und in anderen Teilen der Welt) legen davon ein beredtes Zeugnis ab. Die erste Welle einer sozialistischen Transformation ist in den 1990ern an ihrem Ende angelangt (Amin). Neben dem sozialistischen Planungsstaat scheiterte am Ende der 1980er Jahre aber nicht nur der Entwicklungsstaat in der Dritten Welt, sondern auch der wohlfahrtsstaatliche Kompromiss im Westen. »Dieser Kompromiss wurde Teil der Bemühungen zur Eindämmung des sowjetischen und (nach 1949) chinesischen Kommunismus. Mit den Jahrzehnten später errungenen Sieg über kommunistische und sozialdemokratische Herausforderungen ist dem Kapital aber gerade jene Opposition abhanden gekommen, die heute eine grundlegende Modernisierung der Kapitalismus erzwingen könnte.« (Schmidt 2016: 544)

Weil neben Irrungen und Wirrungen, aber vor allem auch große Hoffnungen ihrer politischen Führer mit der Oktoberrevolution verbunden waren, wird die junge Generation in Afrika wohl auch zukünftig in ihren Geschichtsbüchern ein mehr oder weniger umfangreiches Kapitel über dieses Epocheereignis finden – was nicht für alle aus eurozentristischer Sicht wichtigen Ereignisse des 20. Jahrhunderts zutreffen dürfte.

* * *

Literatur

Amin 1989 – Samir Amin: *Delinking*, Zed Books, London 1989.

Amin 2011a – Samir Amin: *Ending the Crisis of Capitalism or Ending Capitalism*, Pambazuka Press, Cape Town u.a. 2011.

Amin 2011b – Samir Amin: *Golbal History: A View from the South*, Pambazuka Press, Cape Town u.a. 2011.

Amin 2016 – Samir Amin: *Russia and the Long Transition from Capitalism to Socialism*, Monthly Review Press, New York 2016.

Asche 2015 – Helmut Asche: *Down to Earth Again: The Third Stage of African Growth Perceptions*. In: *Africa Spectrum*, Hamburg 50(2015)3, S. 123-138.

Brock 1992 – Lothar Brock: *Die Dritte Welt im internationalen System*, in: Nohlen/Nuschler 1992, S. 446-466.

Büttner et al. 1974 – Thea Büttner, Heinrich Loth, Christian Mährdel u.a.: *Geschichte Afrikas*. Von den Anfängen bis zur Gegenwart (4 Bde); Akademie-Verlag, Berlin(DDR) 1974ff.

Cabral 1968 – Amilcar Cabral: *Die Theorie als Waffe. Der revolutionäre Befreiungskampf in den Portugiesischen Kolonien Afrikas*, Oberbaumpresse, Berlin(West) 1968.

Döver/Kappel 2015 – Melike Döver und Robert Kappel: *Hürden für die Industrialisierung in Afrika*. In: *GIGA FOCUS*, Hamburg, 7/2015.

- Ernst/Schilling 1981** – Klaus Ernst/Hartmut Schilling (Hg.): *Entwicklungsländer: Sozialökonomische Prozesse und Klassen*, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (DDR) 1981.
- Grau et al 2000** – Inge Grau, Christian Märdel, Walter Schicho (Hg.): *Afrika. Geschichte und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert*, ProMedia, Wien 2000.
- Hauck 2012** – Gerhard Hauck: *Der Kolonialismus in der marxistischen, dependenztheoretischen und postkolonialen Diskussion*, in: Ders.: *Globale Vergesellschaftung und koloniale Differenz*, Verlag Westfälische Dampfboot, Münster 2012, S. 41 – 62.
- Hobesbawm 2014** – Eric Hobesbawm: *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte der 20. Jahrhunderts*, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2014 (12. Auflage).
- Hopfmann/Schilling 1988** – Arndt Hopfmann/Hartmut Schilling: *Unterentwicklung, sozialökonomische Multisektoralität und gesellschaftlicher Fortschritt in Entwicklungsländern*. In: *asien, afrika, lateinamerika*, 16(1988)5, Akademie-Verlag, Berlin (DDR), S. 773 - 790.
- Kößler 1998** – Reinhart Kößler: *Entwicklung*, Westfälisches Dampfboot, Münster 1998.
- Lopes 2016** – Interview mit Carlos Lopes: »L'industrialisation est une priorité absolue.« In: *Jeune Afrique*, Nr. 2918 (du 11 au 17 Décembre 2016), S. 85-88.
- Loth 1975** – Heinrich Loth: *Geschichte Afrikas. Teil II – Afrika unter imperialistischer Kolonialherrschaft und die Formierung der antikolonialen Kräfte 1884 – 1945*, Akademie-Verlag, Berlin (DDR) 1976.
- LW, Bd. 27** – Wladimir Iljitsch Lenin: *Über »linke« Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit*, in: *Werke*, Band 32, Dietz Verlag, Berlin (DDR) 1972, S. 315-347.
- LW, Bd. 31** – Wladimir Iljitsch Lenin: *Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur nationalen und kolonialen Frage*, in: *Werke*, Band 31, Dietz Verlag, Berlin (DDR) 1975, S. 132-139.
- LW, Bd. 32** – Wladimir Iljitsch Lenin: *Referat über die Naturalsteuer in der Versammlung der Sekretäre und verantwortlichen Vertreter der Zellen der KPR(B) der Stadt und des Gouvernements Moskau*, 9. April 1921, in: *Werke*, Band 32, Dietz Verlag, Berlin (DDR) 1975, S. 294-308.
- LW, Bd. 32** – Wladimir Iljitsch Lenin: *Über die Naturalsteuer*, in: *Werke*, Band 32, Dietz Verlag, Berlin (DDR) 1975, S. 341-380.
- Mährdel et al.** – Autorenkollektiv (u.Ltg. v. Christian Mährdel): *Geschichte Afrikas. Teil III – Afrika vom zweiten Weltkrieg bis zum Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems*, Akademie-Verlag, Berlin (DDR) 1983.
- Nohlen/Nuscheler 1992** – Dieter Nohlen und Franz Nuscheler: *Was heißt Unternetwicklung?*, in: Dieselben (Hg.): *Handbuch der Dritten Welt 1 – Grundproblem, Theorien, Strategien*, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 1992, S. 31-54.
- Schäfer 1994** – Gert Schäfer: *Gewalt, Ideologie und Bürokratismus. Das Scheitern eines Jahrhundertexperiments*, Decaton Verlag, Mainz 1994.
- Schilling 1977** – Hartmut Schilling (unter Mitarbeit von Ruth Andexel): *Krise und Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems*, Dietz Verlag, Berlin (DDR) 1977.
- Schilling 1982** – Hartmut Schilling: *Einige Grundzüge der ökonomischen Verhältnisse in den Entwicklungsländern und ihre Behandlung im Hochschulunterricht auf dem Gebiet der Politischen Ökonomie*. In: *asien, afrika, lateinamerika*, 10 (1982) 5, Akademie-Verlag, Berlin (DDR), S. 810 – 824.
- Schmidt 2016** – Ingo Schmidt: *Kapitalistische Krisen mit und ohne systemischer Herausforderung*. In: *PROKLA*, (Heft 185) Vol. 46/4, S. 543-560.
- Senghaas 1977** – Dieter Senghaas: *Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Diszission*, Suhrkamp, Frankfurt/M. 1977.
- Shubin 2008** – Vladimir Shubin: *The Hot »Cold War«. The USSR in Southern Africa*, University of KwaZulu-Natal Press, Scottville 2008.
- Tandon 2009** – Yash Tandon: *Development and Globalisation*, Pambazuka Press, Cape Town u.a. 2009.
- UNCTAD 2014** – UNCTAD: *Structural transformation key to sustainable growth. The Least Developed Countries Report*, New York and Geneva 2014.
- UNCTAD 2016a** – UNCTAD: *Structural Transformation and Industrial Policy*, New York and Geneva (UNCTAD/GDS/2016/1).
- UNCTAD 2016b** – UNCTAD: *Trade and Development Report, 2016. Structural transformation for inclusive and sustained growth*, New York and Geneva, 2016.